

Auswirkungen der Bildungspolitik des Hamburger Senats auf den Gymnasialbereich

Erstellt durch die GEW-Fachgruppe Gymnasien und die GEW-Fraktion des Personalrats Gymnasien
 Februar 2005

Im Moment wird das Arbeitszeitmodell über Fragebögen, Interviews, Workshops und ähnliche Instrumente evaluiert.

Eine methodisch saubere Evaluation des AZMs (Arbeitszeitmodell) hätte bedeutet, dass die Rahmenbedingungen des zu untersuchenden Gegenstandes nicht verändert werden. Dies ist aber in vielfältiger Weise geschehen. Als ein fundamental verändernder Faktor sei hier nur die Basisfrequenzerhöhung genannt.

Hier soll deswegen das Arbeitszeitmodell nicht isoliert betrachtet werden.

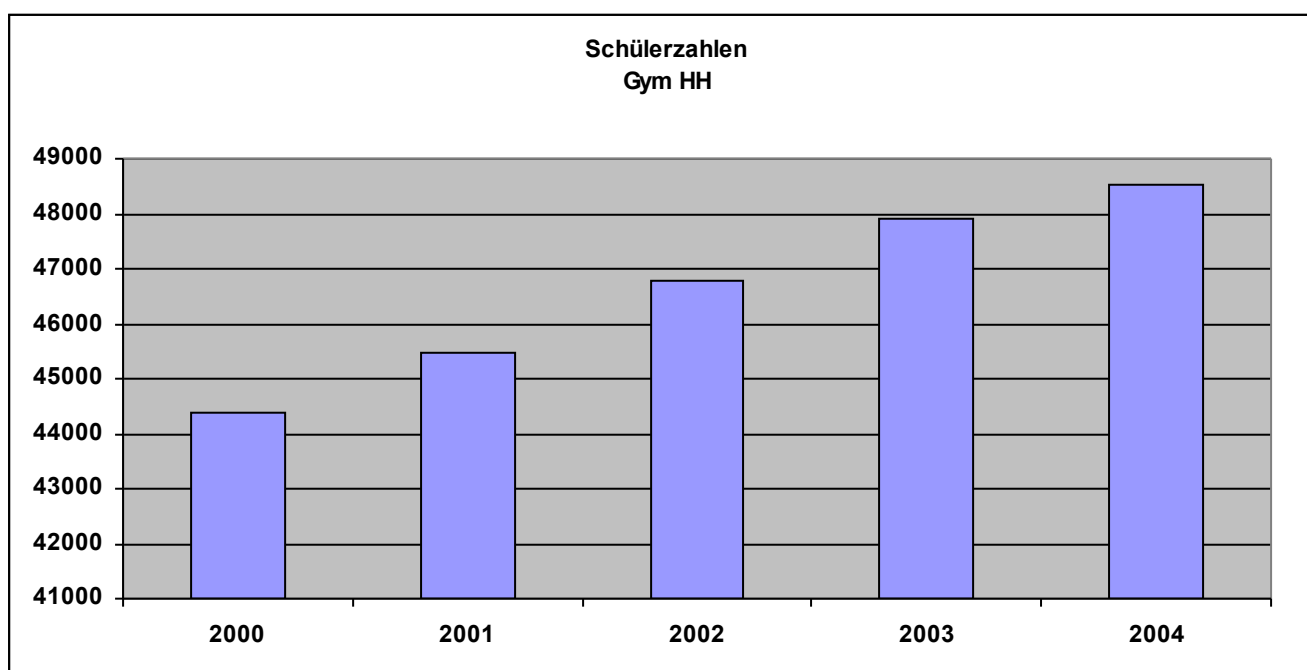
Wir wollen die Bildungspolitik des Senats vielmehr an ihrem eigenen Anspruch messen.

Bildungssenatorin Dinges-Dierig formulierte am 14.5.2004 in einer Presseerklärung:

“Unser anspruchsvolles Ziel ist es, die Qualität der Hamburger Schulen so durchgreifend zu verbessern, dass wir im nationalen wie internationalen Vergleich bald mit den Besten konkurrieren können.“

Wie sich die tatsächliche Bildungspolitik an den Gymnasien auswirkt, soll auf den nächsten Seiten gezeigt werden.

Schülerzahlen im Gymnasialbereich



Die **Zahl der Schüler** hat sich seit 2000 im Gymnasialbereich erheblich verändert:

	2000	2001	2002	2003	2004
Schülerzahlen	44.391	45.479	46.786	47.894	48.543

Dies entspricht einer **Zunahme der Schülerzahl um 9,4% seit 2000**, absolut sind dies **4152 Schüler**.

Das entspricht dem Umfang von 6 (5,9) 3-zügigen Gymnasien mit 700 Schülern.

Wie wir alle wissen, sind diese Gymnasien nicht zusätzlich eingerichtet worden, sondern

- eines steht vor der unmittelbaren Schließung (Gymnasium Langenhorn),
- zwei andere sollen mittelfristig geschlossen werden (Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek, Gymnasium St. Georg in Horn) und
- zwei Gymnasien sollen mittelfristig in kooperative Gesamtschulen umgewandelt werden.

Der Zuwachs um 4152 Schüler bedürfte

- **auf der Basis der Unterrichtszuweisung des Jahres 2000 eines Stellenzuwachses von 276 Stellen.**
- **Selbst auf der erheblich niedrigeren Zuweisungsbasis des Jahres 2004 wären dies noch 242 Stellen!**

Und dabei sind die höheren Bedarfe aufgrund der Schulzeitverkürzung und des Ganztagsbetriebs noch nicht einmal eingerechnet!

Für die nächsten Jahre ist eine weitere Zunahme der Schülerzahl prognostiziert (s.u.)!

Steuerung der Bedarfsentwicklung

Der Schülerberg, der sich aufgetürmt hat, trifft auf die Mehrbedarfe bedingt durch die Schulzeitverkürzung (achtstufiges Gymnasium) und den Ganztagsbetrieb.

In den Jahren vor dem Beust-Schill-Lange-Senat wurde der anwachsende Bedarf gedrückt, indem man die Schulen u.a. zwang mit 98% der Unterrichtszuweisung zu organisieren. Der „Schwerpunkt Bildung“ brachte unter Senator Lange das Arbeitszeitmodell hervor und mit diesem erhebliche Mehrbelastungen für die Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg. Die neue Senatorin Dinges-Dierig verschärfte die Belastung durch die Vergrößerung der Lerngruppen. Zusätzlich geraten die Gymnasien durch die verordnete Schulzeitverkürzung unter Druck.

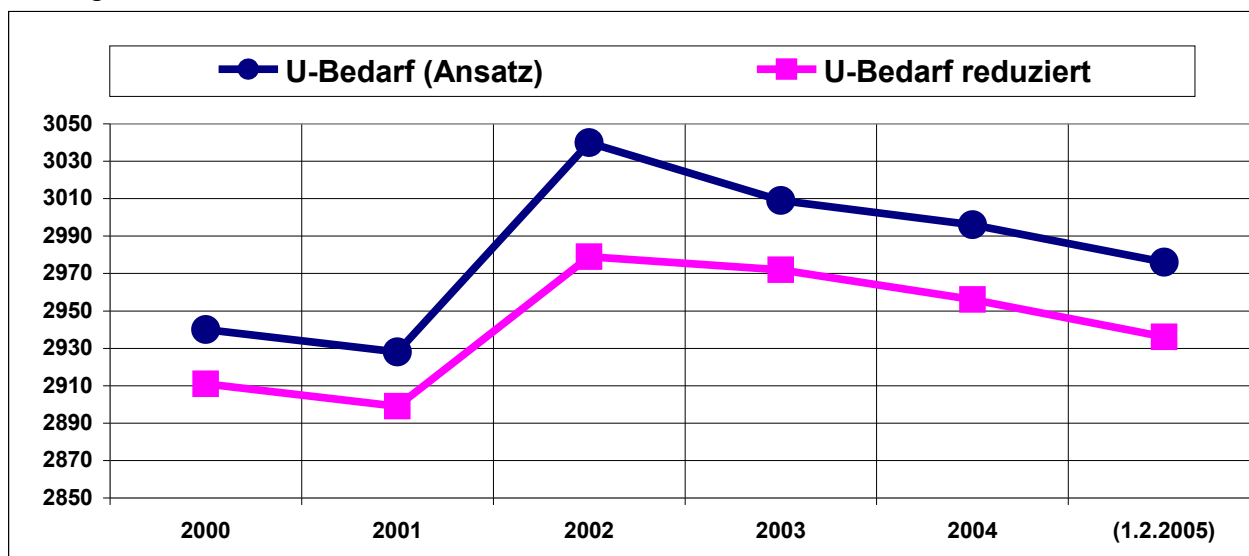
Die Zahlen dieser Untersuchung sind dem Zahlenmaterial und den Statistiken entnommen, die von der BBS zur Verfügung gestellt werden,

- der BBS-Öffentlichkeit im so genannten Intranet der BBS,
- der Öffentlichkeit auf den Seiten der BBS auf dem Hamburgserver (<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/bildung-sport/service/statistik/start.html>)
- durch die KMK
- des Personalberichts des Hamburger Senats

oder wurden aufgrund eigener Recherchen gewonnen.

Ausgangspunkt für viele Diagramme und Tabellen ist meist das Jahr 2000. Dies ist nur der Übersichtlichkeit geschuldet. Ein früherer Beginn der Betrachtungen hätte die Ergebnisse der Untersuchung keines Falls gemildert.

Die folgenden Zahlen machen deutlich, was das Unwort „Auskömmlichkeit“ beinhaltet.



Anmerkung:

Die Zahl für 2005 bezieht sich auf das Datum 1.2.2005, zu dem „nachgesteuert“ wird, d.h. der Bedarf wird an die rückgemeldeten Schülerzahlen angepasst. Alle anderen Zahlen beziehen sich auf den 1.8. des betreffenden Jahres. Der Unterrichtsbedarf ist in Lehrerstellen wiedergegeben.

Die Begriffe U-Bedarf (Ansatz) und U-Bedarf (reduziert) werden weiter unten erklärt.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
U-Bedarf (Ansatz)	2940	2928	3040	3009	2996	2976
U-Bedarf (reduziert)	2911	2899	2979	2972	2956	2936

Zur Erinnerung:

Alein die Basisfrequenzerhöhung reduzierte den Unterrichtsbedarf von 2003 auf 2004 um etwa 145 Stellen.

Die Basisfrequenzerhöhung entspricht im Gymnasialbereich einer durchschnittlichen Bedarfsabsenkung um 4,9%.

U-Bedarf (Ansatz)

Der (von uns so genannte) „U-Bedarf (Ansatz)“ wird von der BBS aufgrund der Größe der Schülerzahlen, der jeweiligen Stundentafeln sowie der sonstigen Bedarfe (Förder-, Sonder-, Vertretungsbedarfe usw.) vorgegeben, enthält aber schon die jeweiligen Kürzungen, die im AZM und in der Basisfrequenzerhöhung liegen.

Ein Teil des „U-Bedarf (Ansatz)“ wird über bedarfsdeckenden Unterricht der Referendarinnen und Referendare abgedeckt.

Bedarfsdeckender Unterricht von Referendaren ist aus mehreren Gründen problematisch. Er wurde in den letzten Jahren in seinem Umfang auf 12 U-Stunden pro Woche erhöht, der Umfang des angeleiteten Unterrichts wurde aber gesenkt. Dies geht auf Kosten der Ausbildungs- und damit auch auf Kosten der Unterrichtsqualität.

Der bedarfsdeckende Unterricht und seine Ausweitung reduzieren zudem die Einstellungschancen der ReferendarInnen nach Abschluss ihrer Ausbildung.

Im U-Bedarf (Ansatz) ist für die **Jahre 2000 – 2002** schon der Teil des Unterrichts abgezogen, der aufgrund des bedarfsdeckenden Unterrichts von

- Referendaren,
 - 2000 => 46 Stellen
 - 2001 => 53 Stellen
 - 2002 => 80 Stellen
- Seminarleitern und IFL-Dozenten geleistet wurde.

Für die Jahre **2003 und 2004** ist nur der Abzug aufgrund des bedarfsdeckenden Unterrichts von Referendaren enthalten:

- 2003 => 40 Stellen
- 2004 => 37 Stellen

Dieser „U-Bedarf (Ansatz)“ wird aber den Schulen nicht zugestanden, sondern nochmals reduziert.

U-Bedarf reduziert

Unter **U-Bedarf reduziert** findet man die festgesetzten Bedarfsreduzierungen

- **2000** und **2001** aufgrund von
 - **Haushaltskonsolidierung**
 - **Rückübertragungen**
 - **Einsparverpflichtungen**
- **2002** aufgrund
 - so genannter „**temporärer Bedarfsreduzierung**“
- **2003** und **2004** aufgrund von
 - **Abgaben an die Töpfe des AZM**
(diese wurden im Rahmen des Arbeitszeitmodells eingeführt)
 - **Teilzeittopf**, dient zum Ausgleich für Schulen, die eine erhöhte Anzahl von Teilzeitbeschäftigten haben, denen aber die für alle gleiche Grundstunden für allgemeine Aufgaben zustehen.
 - **Fortbildungstopf** Landesinstitut (ehemals IfL), dient zur unterstützenden Finanzierung des Landesinstitutes
 - **Funktionssockeltopf**, dient zur Unterstützung kleinerer Schulen bei der Ausstattung mit Funktionsstunden
 - **Verlässlichkeitstopf**, dient zur Unterstützung des Projektes „verlässliche Halbtagsgrundschule“ (VHGS)

Der Gymnasialbereich (gab) gibt auf diesem Wege

- **2003** **37 Stellen und**
- **2004** **40 Stellen an andere Bereiche ab.**

Die Kolleginnen und Kollegen müssen diese Abgaben kompensieren.

Würden diese „Topf-Stellen“ den Gymnasien zu Verfügung stehen, erhielte jedes Gymnasium im Schnitt etwa 0,6 Stellen mehr.

Stattdessen muss diese von der BBS geschaffene Lücke durch Mehrarbeit - über die Mehrarbeit aufgrund des AZM und der Basisfrequenzerhöhung hinaus - gefüllt werden.

Anmerkung 1:
 Es sind nur die Stellen angeführt, die auch dem Gymnasialbereich wirklich verloren gehen. Die Stellen, die zurückkommen (Teilzeit- und Funktionstopf), sind mit einbezogen. Es gehen dem Gymnasialbereich 2004/05 im Saldo tatsächlich 40 Stellen verloren...!

Anmerkung 2
 Der Gymnasialbereich gibt über die Töpfe an das Landesinstitut (LI) 10 Stellen ab. Rechnet man die Stelle mit 63.000 € (Brutto-Jahreskosten einer Stelle), dann „zahlt“ jede Vollzeitkollegin bzw. jeder Vollzeitkollege jährlich 223 € finanziert über Mehrarbeit an das LI! Dieser Betrag wird fällig, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen keine der Leistungen des LI in Anspruch nehmen. In der Diskussion um die Fortbildung wird aber das angeblich kostenfreie Angebot immer in den Vordergrund gestellt!

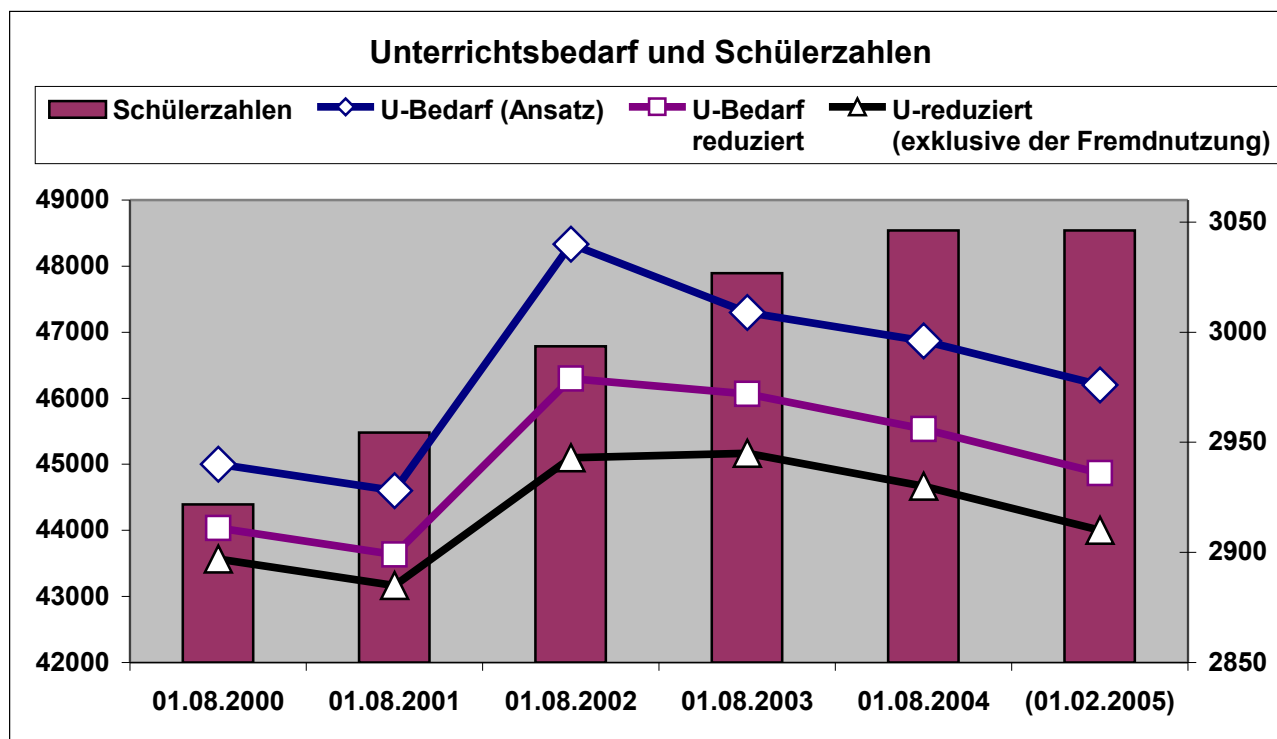
U-Bedarf reduziert (exklusive der Fremdnutzung)

Im Unterrichtsbedarf versteckt sind weitere Stellen, die nicht in den Schulen ankommen. Es sind dies die **Fremdnutzungen**.

Das sind Stellen, die der Versorgung der Schulen entzogen werden, für Tätigkeiten, die zu den Aufgaben der Behörde selbst gehören.

2000*	2001*	2002	2003	2004
14 Stellen	14 Stellen	36 Stellen	27 Stellen	23 (26*) Stellen

Quellen:
 Antwort des Senates auf die schriftliche Nachfrage des Abgeordneten Lein vom 15.9.04 in der Bürgerschaft.
 *Aufgrund eigener Recherchen



Für den 1.8.2004 und den 1.2.2005 wurden hier jeweils die Schülerzahlen der Herbststatistik 2004 angegeben.

Nur der „U-Bedarf reduziert (exklusive der Fremdnutzung)“ kommt in Form von Lehrerstellen tatsächlich in den Schulen an!

Trotz der erheblichen Zunahme der Schülerzahlen und trotz der Schulzeitverkürzung und des damit verbundenen erheblich höheren Unterrichtsbedarfs wurde der zugestandene Unterrichtsbedarf seit 2003 nahezu auf das Niveau des Jahres 2000 heruntergerechnet.

Zusammenfassende Berechnung:

Der Unterrichtsbedarf in Stellen, der an den Gymnasien ankam:	
2000	2897 Stellen
2005	2910 Stellen
	<u>Differenz: 13 Stellen</u>

Dazwischen liegen:

- die Erhöhung der Schülerzahlen um 4152 Schüler und Schülerinnen
- die Verkürzung der Schulzeit
- Einführung des Ganztagsbetriebs.

Dafür berücksichtigt der Senat 13 Lehrerstellen!

Hätten die Bedingungen des Jahres 2000 weiterhin gegolten, wäre folgende Rechnung anzustellen:

			Schüler-Lehrer-Relation	obere Variante	untere Variante	
Stellenbedarf des Jahres 2000				2897	2897	Stellen
Zunahme der Schülerzahl von 2000 - 2005	4152	Jahr 2000:	15,02	276	---	Stellen
		Jahr 2005:	17,18	---	242	Stellen
Schulzeitverkürzung (bis 2005) und Ganztagsbetrieb				123	123	Stellen
Summe:				3296	3262	Stellen
2005 den Gymnasien zugestander Bedarf				2910	2910	Stellen
Differenz				386	352	Stellen

Es wären dann im Jahr 2005 383 (349) Lehrerstellen mehr an den Gymnasien.

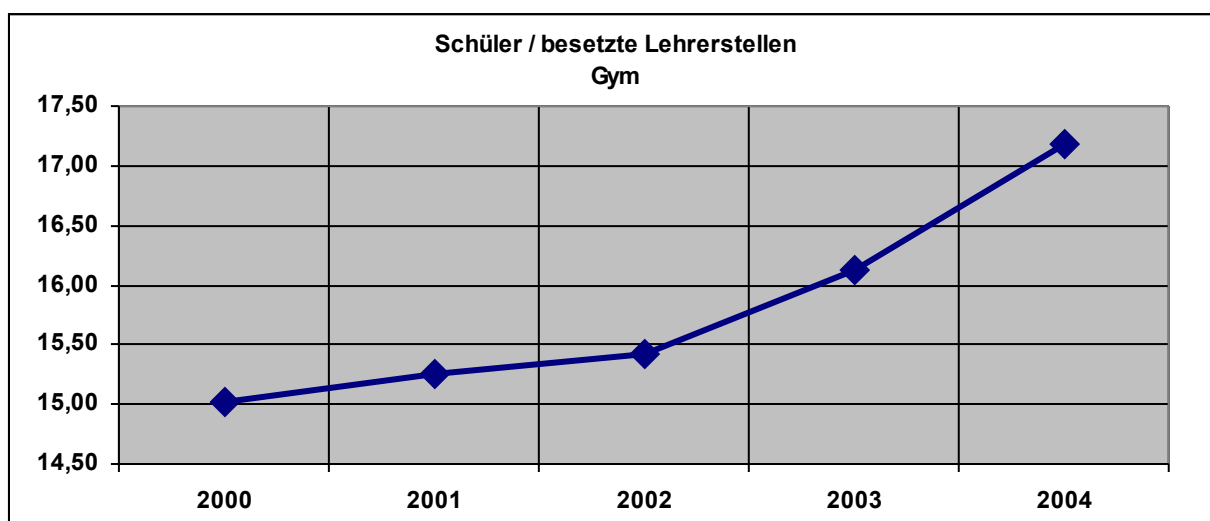
Das entspräche 8,5 (7,8) Gymnasien mit jeweils 45 VollzeitkollegInnen mehr in Hamburg.

Diese Stellen und Gymnasien gibt es aber nicht. Sie fehlen. Schule findet deswegen unter völlig anderen Voraussetzungen statt. Ein Unterrichtseinsatz wie er unter den Bedingungen des Jahres 2000 möglich gewesen wäre, kann nun so nicht mehr stattfinden.

Zwar ist die Stellenausstattung der Schulen sicher nicht alleiniges Qualitätskriterium, aber die Frage, ob dadurch die Bildungspolitiker Voraussetzungen geschaffen haben, um *„die Qualität der Hamburger Schulen so durchgreifend zu verbessern, dass wir im nationalen wie internationalen Vergleich bald mit den Besten konkurrieren können“* (Dinges-Dierig) beantwortet sich von selbst.

Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Die Schüler-Lehrer-Relation haben wir hier über alle Stufen im Gymnasialbereich berechnet. Die Behörde differenziert nach Klassen 5-10 und Oberstufe.



	2000	2001	2002	2003	2004
Schülerzahlen	44391	45479	46786	47894	48543
Besetzte Stellen	2956	2980	3033	2970	2825
Schüler/Lehrer	15,02	15,26	15,43	16,13	17,18

Bei der **KMK** (Kultusministerkonferenz) findet man Vergleichszahlen, allerdings nur bis zum Jahr 2002. Außerdem sind die Schüler-Lehrer-Relationen dort differenziert nach Sek I und Sek II. Rechnet man die KMK-Zahlen auf die Relation „alle Gym-Schüler / alle Gym-Lehrer“ um, dann zeigen sich nur minimale Abweichungen von unserer Berechnungsweise, was die Plausibilität der von uns durchgeführten Berechnungen unterstreicht.

	2000	2001	2002	2003	2004
(A) Schüler/Lehrer für HH lt. KMK	15,02	15,10	15,45	fehlen	fehlen
(B) Schüler/Lehrer für HH unsere Berechnung	15,02	15,26	15,43	16,13	17,18
Differenz A-B	0	0,16	- 0,03		

Differenziert man die von uns für 2004 errechnete Relation auf die Bereiche Sek I und Sek II ergibt sich folgendes Bild.

Quelle	KMK			BBS-Statistik (in Klammern: eigene Berechnung)	eigene Berechnung
	Jahr	2000	2001	2002	2003
Schüler/Lehrer 5-10 in HH Sek I	16,05	16,20	16,63	17,4 (17,42)	18,55
Schüler/Lehrer 11-13 in HH Sek II	12,43	12,50	12,62	13,2 (13,22)	14,09

Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich demnach seit 2000 sowohl in Sek I als auch in Sek II von Jahr zu Jahr erheblich verschlechtert.

Schüler- Lehrer- Relation an einzelnen Gymnasien

An den einzelnen Gymnasien kommt es zu noch schlechteren Schüler-Lehrer-Relationen, da u.a. ein Teil der Stellen aufgrund der Abgaben an die AZM-Töpfe (s.o.) nicht in den Schulen ankommt.

Hier zeigt sich das Fatale an den Abgaben an die Töpfe, die mit dem Arbeitszeitmodell unter der Führung des jetzigen Staatsrats Dr. Schmitz geschaffen wurden.

Die Fremdnutzungen führen dazu, dass die Möglichkeit zur Ausweitung der Bedarfe der Schulen für z.B. Förder-, Sonder-, Vertretungsbedarfe genommen wird. **Die Abgaben an die so genannten Töpfe aber reduzieren direkt das Stundenvolumen für den Grundunterricht.**

Die Schulen erhalten ihre Lehrerstundenzuweisung aufgrund ihrer Schülerzahlen und der jeweiligen Stundentafeln. Von dieser Zuweisung aber werden die Abgaben an die Töpfe abgezogen. Für die Grundstunden steht also weniger Unterrichtszeit zur Verfügung.

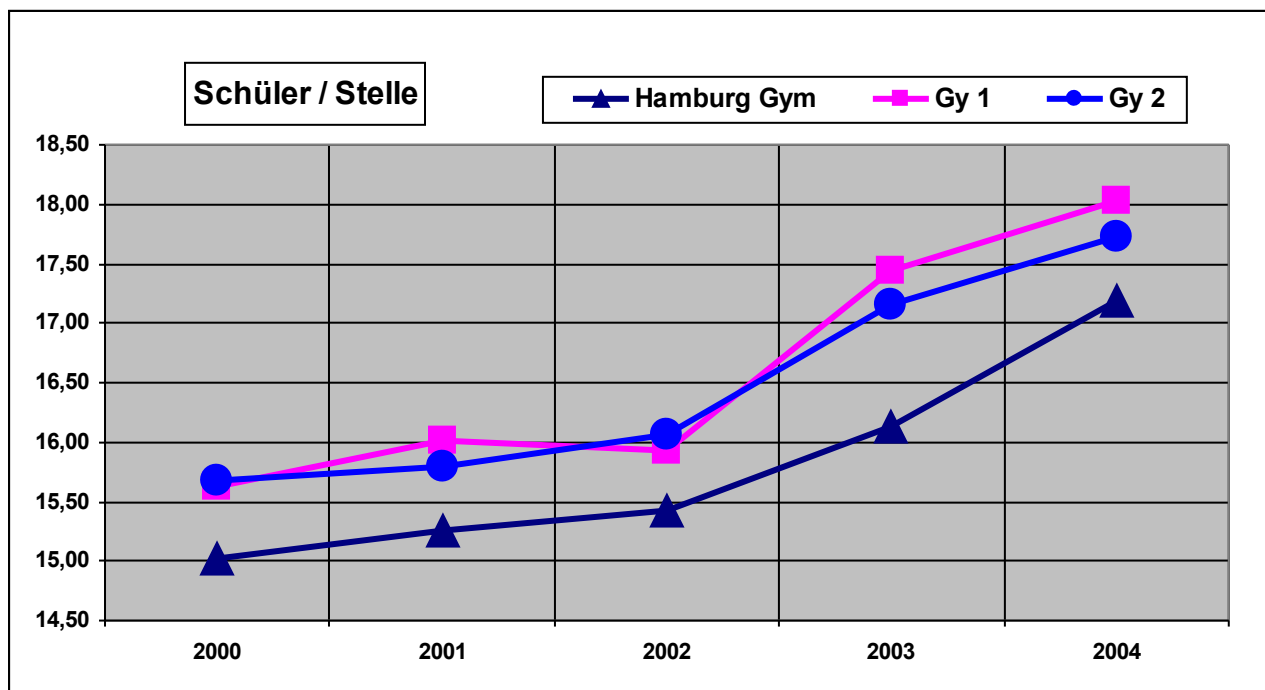
○ Bsp. Gymnasium 1 (Gy 1)

Gym 1	2000	2001	2002	2003	2004
Schüler/Stelle (5-13)	15,63	16,02	15,59	17,45	18,03

○ Bsp. Gymnasium 2 (Gy 2)

Gym 2	2000	2001	2002	2003	2004
Schüler/Stelle 5-13	15,68	15,79	15,69	16,97	17,8

Bei der Auswahl der folgenden Gymnasien wurden keines Falls besonders unterversorgte Gymnasien ausgewählt. Es sind dies Gymnasien, die eine nahezu 100 %-ige Zuweisung bekommen haben.



Schlüsselt man die Schüler-Lehrer-Relation (gesamt) auf nach
Schüler-Lehrer-Relation 5-10 und Schüler-Lehrer-Relation 11-13 ergibt sich:

	2003		2004		Zum Vergleich: <u>KMK 2003</u> *
	Gy 1	Gy 2	Gy 1	Gy 2	<i>Bundesdurchschnitt</i>
Schüler/ Stelle in 5-10	19,0	18,9	19,4	19,2	17,8
Schüler/ Stelle in 11-13	14,2	14,1	15,1	15,1	12,7

* telefonische Auskunft der KMK Abt. Statistik

Vergleicht man den Bundesdurchschnitt 2003 mit dem Wert der 2003 an den Gymnasien ankommt, stellt man fest, dass

	Schüler <u>mehr</u> als der Bundesdurchschnitt 2003*	
	Gy 1	Gy 2
Schüler/ Stelle in 5-10	1,2	1,1
Schüler/ Stelle in 11-13	1,5	1,4

Für 2004 liegt der Bundesdurchschnitt bei der KMK noch nicht vor

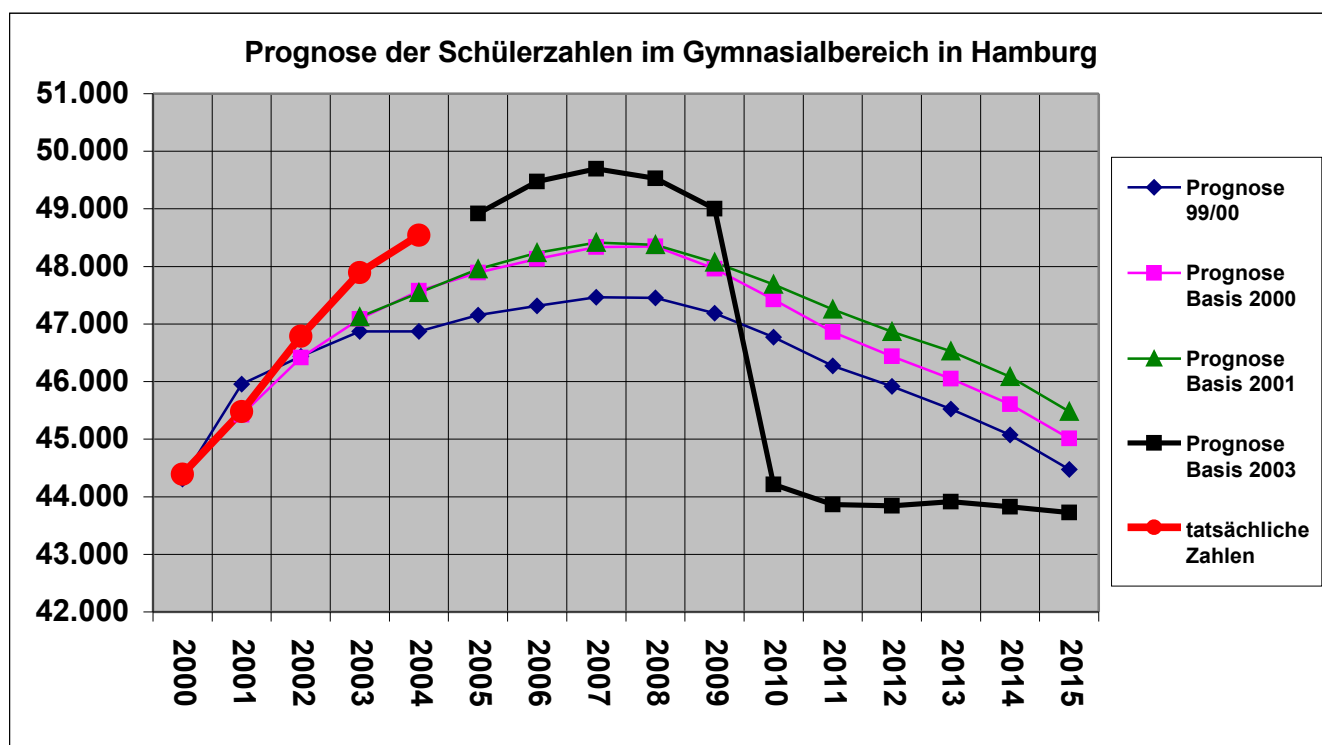
Es zeigt sich: Hier ist Hamburg tatsächlich führend!!

Prognose der Schülerzahlen

Manche mögen denken, dass mit den bisher beschriebenen Einsparungen die Grenze der Belastbarkeit der Gymnasien erreicht sei. Doch die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen lässt eine Entwicklung befürchten, die die Gymnasien gänzlich überfordert.

Untersucht man nun die im Intranet der Behörde veröffentlichten Schülerzahlenprognosen und setzt diese in Relation zu den tatsächlichen Schülerzahlen, dann ergibt sich folgendes Bild:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Prognose Basis 2003						48.919	49.476	49.694	49.528	49.004	44.215
tatsächliche Zahlen	44.391	45.479	46.786	47.894	48.543						



„Tatsächliche Zahlen“ sind die zum jeweiligen Zeitpunkt festgestellten Schülerzahlen)

Die höchsten Zahlen werden in allen Prognosen allerdings erst für die Jahre 2007 und 2008 vorausgesagt.

Erst die Prognose auf der Basis 2003 - beginnt hier mit den Zahlen von 2005 - nimmt die viel höheren, tatsächlichen Zahlen auf. Sie berücksichtigt außerdem, dass mit dem Schuljahr 2009/10 zwei Abiturjahrgänge das Gymnasium verlassen (4789 SchülerInnen).

Die **Prognose** (Basis 2003) geht davon aus, dass die Schülerzahlen **bis 2007**

- gegenüber 2000 um 5303 Schüler gestiegen sein werden und
- gegenüber 2004 noch mal um 1151 Schüler steigen werden. (Das entspricht einem Unterrichtsbedarf von ca. 70 weiteren Stellen.)

Dies ist vor dem Hintergrund des höheren Stellenbedarfs aufgrund der Schulzeitverkürzung und des Ganztagsbetriebs zu sehen!!

Im Übrigen: Die älteren Prognosen zeigen, dass man die Schülerzahlen immer erheblich zu niedrig schätzte...

Altersstruktur im Gymnasialbereich

Die gute Nachricht vorweg:

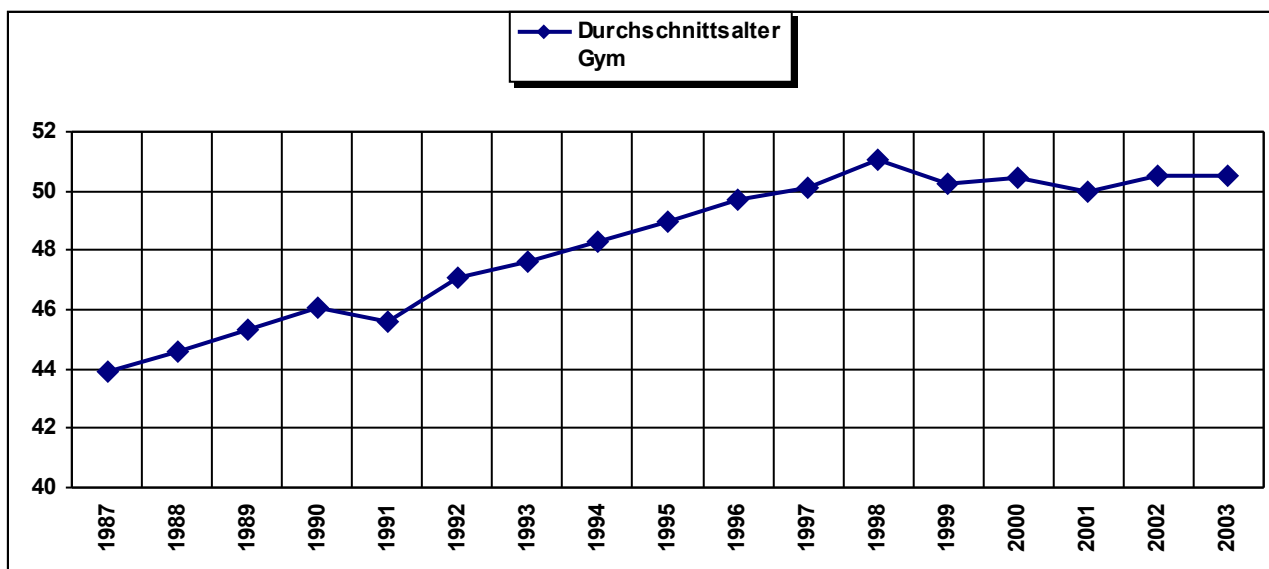
Nach OECD-Bericht liegen das deutsche und das schwedische Bildungssystem gleichauf. Hat die Senatorin eines ihrer Ziele erreicht im „**internationalen Vergleich bald mit den Besten konkurrieren können**“?

Die schlechte Nachricht: Nur bei der Altersstruktur der Lehrkräfte...

In Hamburg ist das Durchschnittsalter aller aktiven Lehrkräfte inzwischen auf 49,27 Jahre gestiegen - höher als jemals zuvor (Stand 12/2003). In der problematischen Alterstruktur der Hamburger Lehrerschaft ist der Gymnasialbereich keine Ausnahme. Seit Jahren ist hier versäumt worden, für einen altersstrukturell gleichmäßigen Personalaufbau zu sorgen. Dafür wäre bei einer durchschnittlichen Berufsdauer von 30 Jahren eine Einstellungsquote von 3,3% - bezogen auf den aktiven Bestand - notwendig gewesen.

Jahre aufeinander folgender Sparhaushalte, Kürzungen der Einstellungsquote und Stellenabbau im Bildungsbereich finden ihren Ausdruck im steigenden Durchschnittsalter der Lehrkräfte:

Über viele Jahre lang wurde man gemeinsam älter, ohne dass Jüngere eingestellt wurden.

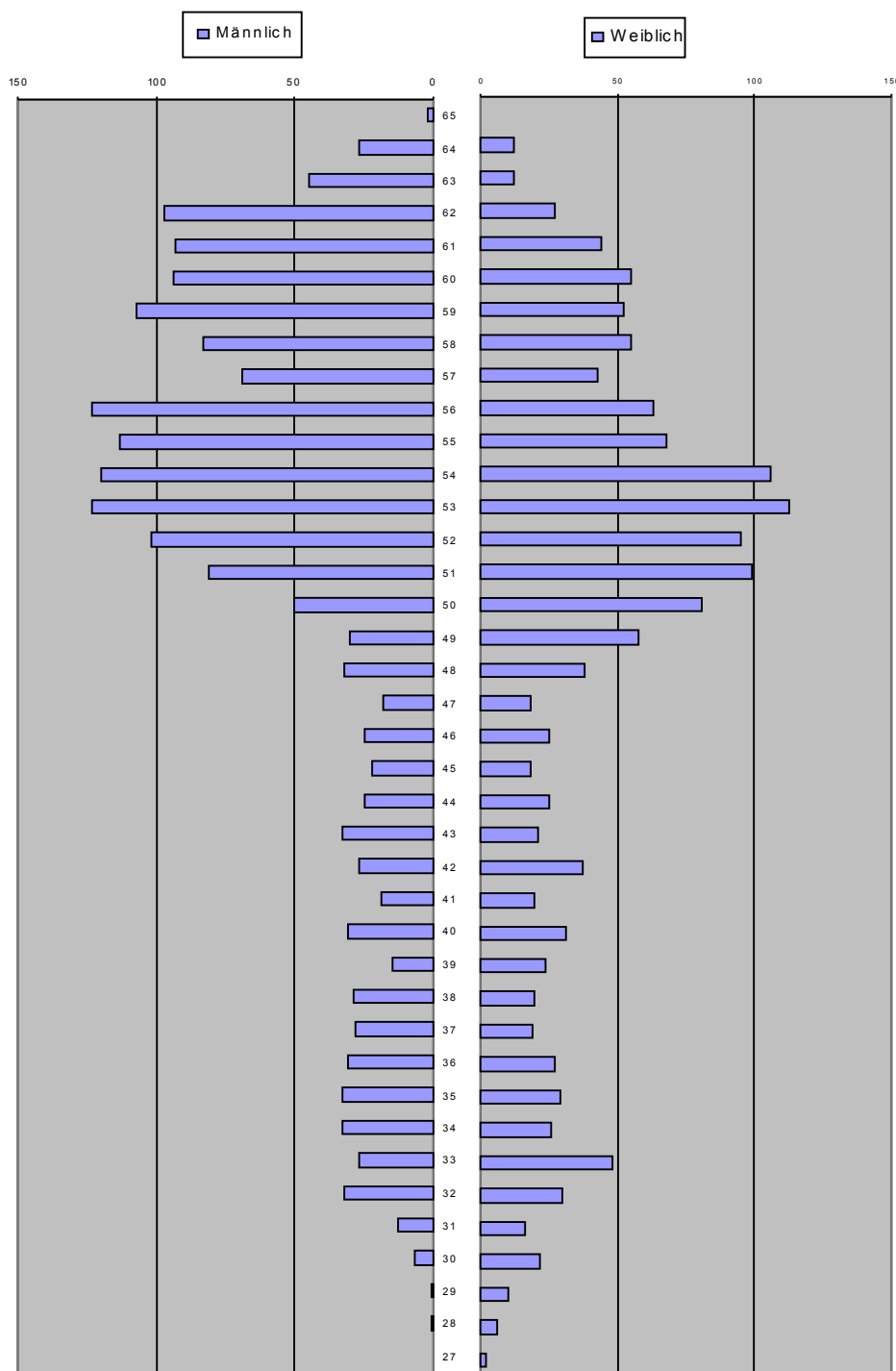


Der Beust-Schill-Lange- und der jetzige Beust-Senat verschärften diese Situation noch erheblich.

67,6% der Beschäftigten aller Hamburger Gymnasien (Teil- und Vollbeschäftigte) sind 50 Jahre oder älter (Quelle: BBS; Stand 31.12.2003).

Der Vergleich mit Zahlen aus der Wirtschaft macht deutlich, dass im Bildungsbereich andere, nicht vergleichbare Probleme zu bewältigen sind, denn „**60 % aller Betriebe beschäftigen keine über 50-jährigen**“. (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 17.09.2001).

Alterspyramide Gymnasien 2003



Es ist allerdings mehr als zweifelhaft, ob der entstehende Bedarf in diesem Zeitraum mit ausgebildeten und für diese Tätigkeit qualifizierten Lehramtsabsolventen gedeckt werden kann. Durch die Absenkung der Ausbildungsquote am Studienseminar/LI wird dieses Problem für Hamburg weiter verschärft. Diese Problemlage zeichnet sich seit langem ab und war in den letzten Jahren immer wieder Anlass für kleine und große Anfragen aus der Bürgerschaft.

Schon zum Schuljahr 2004/05 zeigte sich, dass in einigen Fächern das Bewerberangebot so knapp ist, dass in diesen Fächern BewerberInnen mit der Note 3 im 2. Staatsexamen

eingestellt wurden, dabei war es unerheblich, welches 2. Fach die BewerberInnen hatten. Das ist gegenüber den Jahren zuvor eine völlig neue Situation.

Es sind dies

- Mathematik,
- Physik,
- Latein und Informatik.

Bestimmte Fächerkombinationen sind schon jetzt kaum zu besetzen, weil es keine BewerberInnen mit dieser Fächerkombination gibt.

In Einzelfällen konnte schon jetzt der Unterricht langfristig nicht gegeben werden, so dass z.B. keine Note für das Hauptfach Mathematik gegeben werden konnte. (HA, 3.2.05)

Zum Schuljahr 2004/05 wurde ein Teil des wachsenden Stellenbedarfs durch Umsetzung aus anderen Bereichen ausgeglichen:

Aus GHR/SO nach Gym	10 Stellen
Aus GS nach Gym	20 Stellen

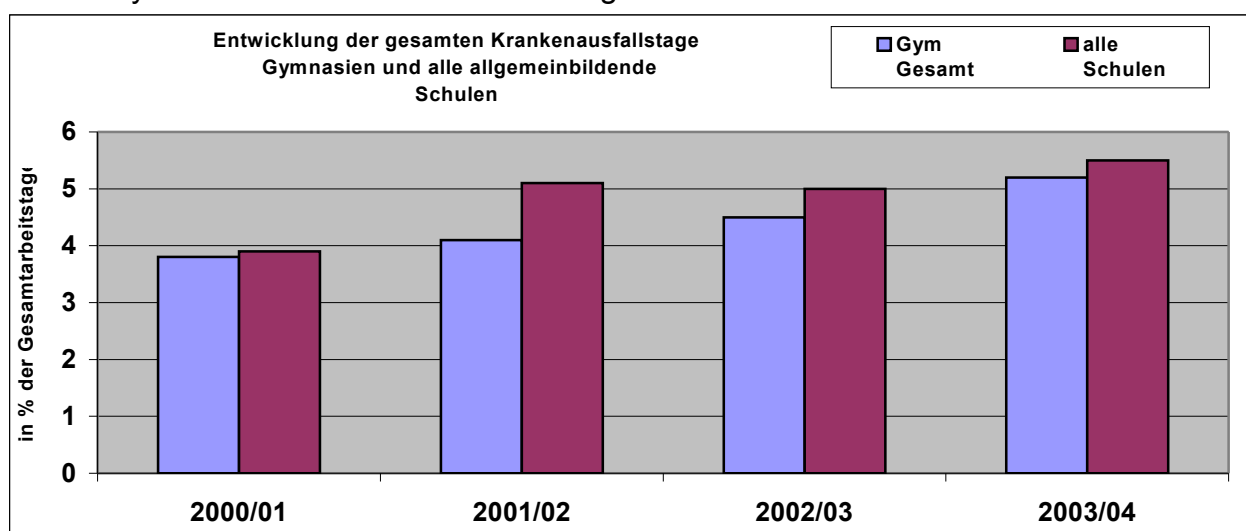
Weitere Umsetzungen aus dem Gesamtschulbereich wird es nicht geben können, da auch in diesem Bereich die Bedarfe steigen (s.u.).

Der Berufsschulbereich hat selbst einen stark steigenden Stellenbedarf und erhielt im Schuljahr 2004/2005 aus dem Gesamtschulbereich 15 Stellen.

Werden wir wieder eine Situation bekommen wie Ende der 60er Jahre, als der damalige Schulsenator Apel nach Amerika reiste, um Lehrerinnen und Lehrer anzuwerben? Damals wurden sogar arbeitslose Schauspieler aus den Vereinigten Staaten als Englisch-Lehrer in Hamburg eingesetzt.

Folgen der Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung

Betrachtet man die Gesamtheit der Krankheitsausfälle (lang- und kurzfristige), lässt sich seit 2000 im Gymnasialbereich ein steter Anstieg feststellen.



Die Reaktion der BBS war und ist nicht etwa eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit weniger Kolleginnen und Kollegen krank werden. Man installierte mit der Einführung des AZM vielmehr eine feste wöchentliche Vertretungspflicht.

„Der große Vorteil für die Schülerinnen und Schüler: In das neue Modell ist u.a. eine Vertretungsstunde einbezogen worden, so dass Unterrichtsausfall vermieden werden kann.“

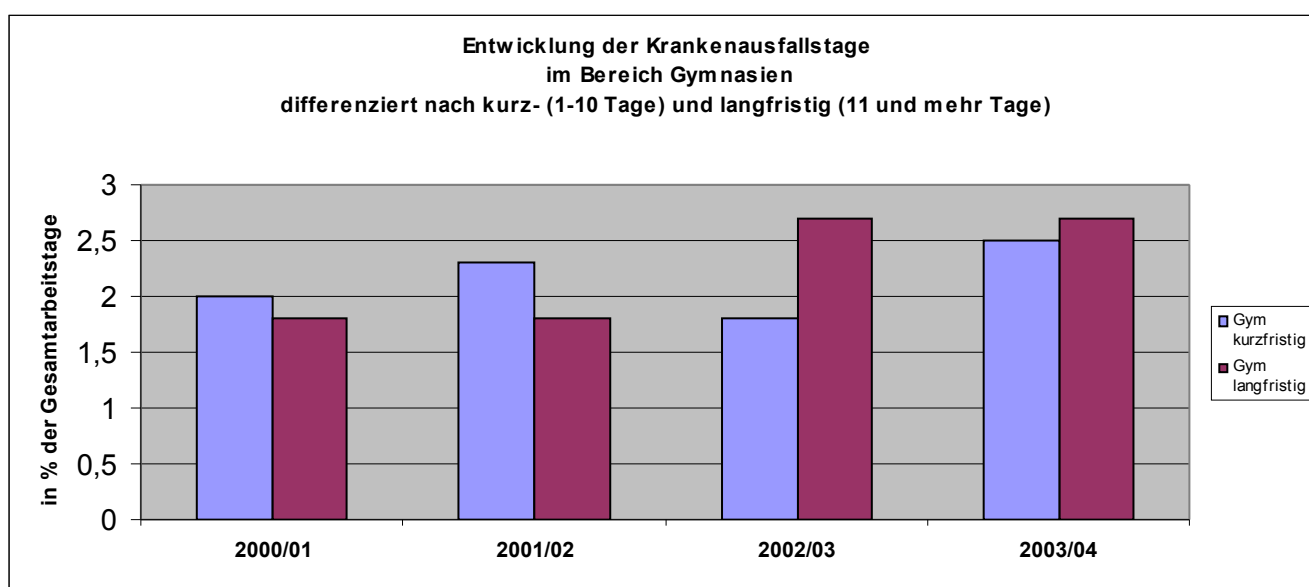
(Senator Lange im Informationsflyer für die Eltern, der immer noch zur Information der Eltern über das AZM auf der Homepage der BBS steht).

Im ersten Jahr wurde die Vertretungsverpflichtung aufgrund eines der Rosenboom-Briefe mit dem Durchschnittsfaktor der betreffenden Schulart abgerechnet (Gymnasium: Eine Vertretungsstunde wird danach mit 1,5 Zeitstunden abgerechnet.), so dass die Vertretungsverpflichtung bei 25 WAZ-Stunden lag.

In vielen Schulen ist man im zweiten Jahr des AZM davon aber abgewichen. Man setzt sich über die Rosenboom-Anweisung hinweg und verlangt nun von den Kolleginnen und Kollegen 38 Vertretungsstunden!

Die Mehrbelastung führt zu mehr Ausfällen, die wiederum durch Mehrarbeit kompensiert werden müssen!

Differenziert man die Krankenausfälle nach lang- und kurzfristigen Erkrankungen, dann ergibt sich:



Bemerkenswert ist

- der Anstieg sowohl der kurz- wie auch der langfristigen Erkrankungen
- dass die langfristigen Erkrankungen seit 2002/03 einen größeren Anteil an den Gesamtausfallzeiten haben als die kurzfristigen,
- dass in 2002/03 die langfristigen Erkrankungen stärker zugenommen haben als die kurzfristigen Erkrankungen,

Die Zunahme der langfristigen Erkrankungen um 0,9% von 2001/02 auf 2002/03 mag auf den ersten Blick als normale Schwankung innerhalb einer Krankenstatistik interpretiert oder auf das hohe Durchschnittsalter der gymnasialen Lehrerpoptulation zurückgeführt werden. Diese Einschätzung allein beschreibt die vorliegende Veränderung aber nicht vollständig.

	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04
Gym langfristig	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8	1,6	1,8	1,8	2,7 (!)	2,7 (!)

In den Jahren von 1994/95 bis 2001/02 lag der Durchschnittswert bei 1,76 %. In diesem Zeitraum pendelte der Wert der langfristigen Erkrankungen um einen Durchschnittswert mit einem Maximalwert von 1,8 und einem Minimalwert von 1,6.

Die Zahl der Langzeiterkrankungen steigt aber im Schuljahr 2002/03 sprunghaft an.

Eine Ursache kann die Einführung von Abschlägen bei der Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 63. Lebensjahres sein. Vor der Einführung dieser Abschläge **im Jahr 2000/01 betrug der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit an der Zahl aller Lehrer-Pensionierungen 46,3 %. 2003 waren dies nur noch 32 Prozent. Der sprunghafte Rückgang der Dienstunfähigkeit spiegelt sich in der sprunghaften Zunahme der Langzeiterkrankungen wieder.**

Die Kolleginnen und Kollegen, die in den Vorjahren wegen Krankheit in die Dienstunfähigkeit gegangen wären, sich dies aber wegen der großen Abschläge nicht mehr „leisten“ können oder wollen, haben sich entschieden, „irgendwie“ im Schuldienst weiter zu arbeiten. Die Einführung von Abschlägen erhöht aber nicht die Gesundheit der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Zu erwarten ist vielmehr, dass diese Kolleginnen und Kollegen häufiger langfristig erkranken werden.

Wie sich die Folgen der Arbeitsverdichtung aufgrund des Arbeitszeitmodells und der Basisfrequenzerhöhung auswirken, werden die Zahlen zu Krankenausfallzeiten in den Folgejahren zeigen. Erste Nachfragen bei stellvertretenden Schulleitern verschiedener Gymnasien für das laufende Schuljahr (04/05) lassen einen weiteren deutlichen Anstieg befürchten.

Teilzeit und Gehaltsverzicht als Ausweg aus der Überlastung?

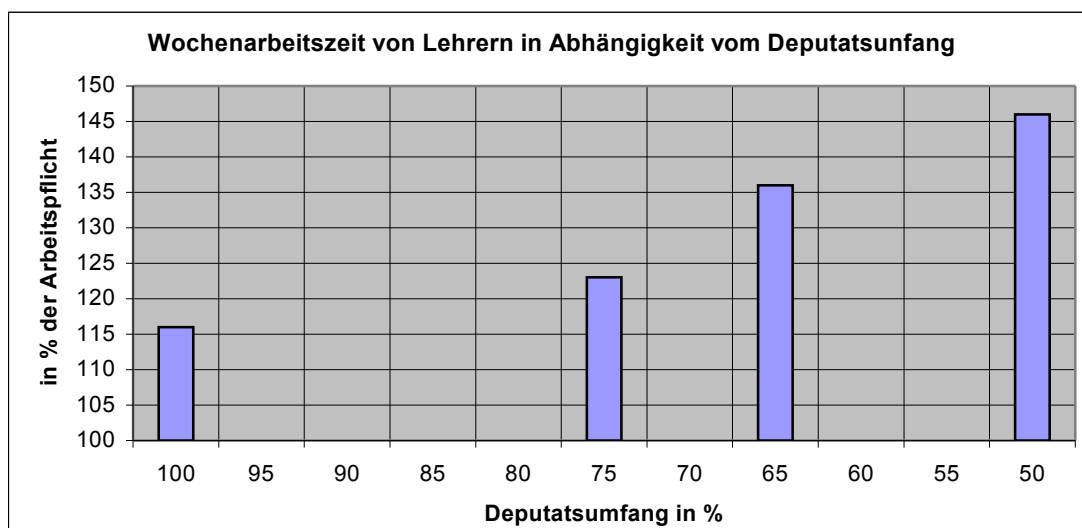
Nur 32,4 % der Hamburger Gymnasiallehrer sind unter 50 Jahre alt. Auch für diese Jüngeren sind die Perspektiven nicht rosig. Die Arbeitsbedingungen werden sich weiter verschlechtern.

Wo die Belastung zunimmt, sehen sich viele gezwungen unter Gehaltsverzicht die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren.

Dies ist aber nur bedingt ein Ausweg. Eine Untersuchung von HÄBLER/KUNZ (1985), die Professor Dr. H.-G Schönwälder (Bremen, 2003) bestätigte, zeigt:

„Je höher die Pflichtstundenminderung, desto höher die Übererfüllung der Pflichtarbeitszeit.“

Viele Lehrerinnen und Lehrer schaffen es eben nicht „den Hammer fallen zu lassen“, wenn die wöchentliche Arbeitszeit verbraucht ist.



Lesebeispiel:

Im Durchschnitt erfüllt eine Kollegin, die ihre Unterrichtsverpflichtung auf 65 % (30,3 WAZ) reduziert hat, ihre Arbeitspflicht um 36% (11 WAZ) über. Sie arbeitet durchschnittlich 41,3 WAZ. Sie kommt damit in die Nähe einer ganzen Stelle (es fehlen nur 5,27 WAZ). Bezahlt wird sie auf der Grundlage von 65% einer Stelle.

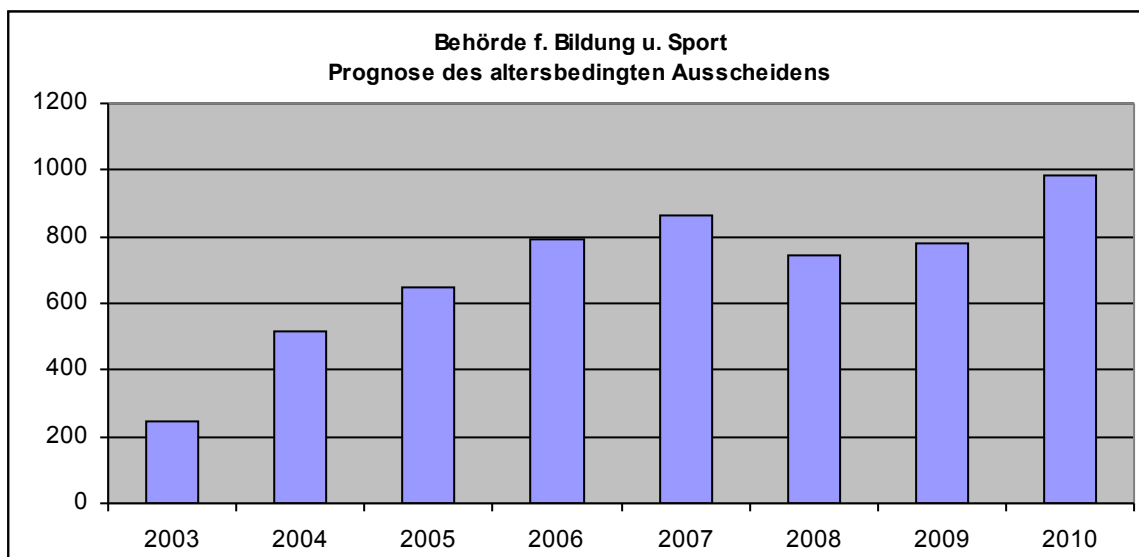
Etwas Besseres als die Abwanderung in die Teilzeit kann dem Arbeitgeber nicht passieren...!

Wie sieht die Zukunft aus?

Schulpolitik in Hamburg ist gekennzeichnet von Hektik und fragwürdigen Projekten. Nicht diskutiert haben wir hier die Kommerzialisierung des Schwimmunterrichts, die Streichung und Bürokratisierung der Lernmittelfreiheit, die Einführung zentraler Prüfungen ohne weitere Mittelzuweisungen, die Einführung immer neuer im AZM-Modell nicht vorgesehene Aufgaben und so fort. Diese Liste lässt sich leider noch fortsetzen.

Bezogen auf die von uns geschilderten Sachverhalte ist zu fragen, wie der Senat und die BBS folgende **Probleme** in den Griff bekommen wollen.

- Das **Problem der zu erwartenden hohen Pensionierungszahlen**
(Ersatz für die ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen)



Modellrechnung des Personalamts, zitiert nach: „Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Personalbericht 2004“. Dies sind zwar die Zahlen für alle Bereiche der BBS, da aber der Gymnasialbereich die älteste Lehrerpoptation aufweist, sind analoge Zahlen zu erwarten.)

Innerhalb der nächsten 10 Jahre werden mehr als die Hälfte der Hamburger GymnasiallehrerInnen ausscheiden!

- Das **Problem des höheren Bedarfes aufgrund der Schulzeitverkürzung**.
(Die Schülerzahl wird bis 2007 noch mal um 1151 Schüler anwachsen und der erste Jahrgang des 8-stufigen Gymnasiums befindet sich erst in Klasse 7. In den nächsten Jahren wird hier der Unterrichtsbedarf und damit der Stellenbedarf noch weiter anwachsen)

Situation nach 2009

Für das Jahr 2010 soll die Schülerzahl im Gymnasialbereich (Prognose Basis 2003) wieder auf Werte des Jahres 2000 zurückfallen.

Ausgegangen wird davon, dass **im Jahr 2010 4789 Schülerinnen und Schüler weniger** das Gymnasium besuchen werden, da 2 Abitur-Jahrgänge nach dem Schuljahr 2009/10 die Schule verlassen werden. Dadurch würden (nach heutigen Bedarfszahlen) ca. 340 Stellen an den Gymnasien frei.

Nach jüngsten Aussagen der Dienststellenleitung dürfen die Kolleginnen und Kollegen nicht damit rechnen, dann entlastet zu werden.

Erklärter Wille ist, schon in den vorhergehenden Jahren (also zu Zeiten in denen sich ein noch erhöhter Bedarf aufgrund der Schülerzahlen ergibt) die durch Fluktuation frei werdenden Stellen nicht mehr alle neu zu besetzen.

Ein Einstellungsstopp in den Folgejahren wird dann zu einer Anpassung an die dann gesunkenen Schülerzahlen führen.

In Hamburg wird so zum wiederholten Mal versucht, einen Schülerberg auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen zu „untertunneln“. Die Lern- und Arbeitsbedingungen werden sich damit stetig und dauerhaft verschlechtern.

Außerdem ist zu erwarten, dass ab 2010 das Umsetzungskarussell andersherum als 2004 laufen wird, denn für den Gesamtschulbereich sagt die Prognose konstant leicht steigende Schülerzahlen voraus (s.u.).



Fazit:

Misst man die der Bildungspolitik des Senates an den von der Senatorin formulierte Ansprüchen, so zeigen die Auswirkungen an den Gymnasien:

Diese Politik ist gescheitert!

Man entfernt sich immer weiter von dem Ziel „im nationalen wie internationalen Vergleich ... mit den Besten konkurrieren (zu) können“ (Dinges-Dierig).

Dabei stehen uns laut Aussagen der Senatorin weitere Kürzungsmaßnahmen ins Haus!

„Im Zuge der Neukonzeption werden die Sonderbedarfe bis zum Schuljahr 2005/06 von bisher rund 1300 Stellen um insgesamt 431 Stellen (davon 44 in den beruflichen Schulen) abgesenkt werden.“ (zitiert nach „Entwicklung des Lehrstellenplans 2004 – 2008“)

Diese Kürzungen betreffen alle Schulkapitel. Nur ein Teil der Stellen (160 Stellen) wurde schon zum Schuljahr 04/05 kassiert. Nach dieser Rechnung stehen uns Kürzungen im Umfang von weiteren 271 Stellen über alle Schulkapitel ins Haus.

Wo werden diese 271 Stellen gestrichen?

143 Stellen davon sind schon verteilt für weitere Ganztagschulen.

Wie werden diese Stellen finanziert?

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der PISA-Studie können wir uns Sparorgien aber nicht leisten!

Die Lehrerarbeitszeitkommission hat sich u.a. von Managern der Automobilindustrie beraten lassen. Wenn man sich aber der Steuerungsinstrumente der Industrie bedient und an deren Vorgehen beim Kostensenken orientiert, sollte man sich auch die dort entstehenden Probleme anschauen. Hohe Qualität und extreme Kostensenkung sind auch in der Industrie nur sehr schwer gleichzeitig zu erreichen. Wenn das Kraftfahrzeugbundesamt berichtet, dass in der Zeit von 1998 bis 2004 die Zahl der Rückrufaktionen in diesem Bereich um 149 % gestiegen ist, dann muss dies unsere Bildungspolitiker zum Nachdenken bringen.

Im Bildungsbereich arbeitet man mit jungen Menschen und nicht mit seelenlosen Maschinen. Rückrufaktionen ganzer Schülerjahrgänge sind nicht möglich.

Wer Qualität im Bildungsbereich haben will, muss sich im Klaren sein, dass dies nicht mit permanenten Kostenreduzierungen geht.

Um im Bild zu bleiben:

„Wer Mercedes fahren will, kann dies nicht zu Lada-Preisen verwirklichen.“

Eltern und Schülern muss klar werden, dass die Bedingungen an den Schulen sich entgegen der permanenten Versicherungen der Senatoren und Senatorinnen und deren Presseabteilungen dramatisch verschlechtert haben.

Innovative Wege, wie sie viele Schulen aufgrund gemeinsam von Schülern, Eltern und Lehrern erstellter Schulprogramme beschritten haben, werden zunehmend verstellt.

Unterrichtsansätze, die im Jahr 2000 mit über 4000 Schülern weniger und ohne die erhöhten Bedarfe des 8-stufigen Gymnasiums und des Ganztagsbetriebs noch möglich waren, sind im Jahr 2005 nicht mehr machbar.

Das liegt aber nicht daran, dass Lehrerinnen und Lehrer sich verweigern, sondern weil die einschneidenden Sparmaßnahmen des Senats dies nicht mehr zulassen.

Auch viele Kolleginnen und Kollegen müssen erkennen, dass eine Schule mit den Ansprüchen, die sich in der Vor-AZM-Zeit gebildet haben, unter den Bedingungen des Jahres 2005 nur durch permanente Selbstausschöpfung machen lässt, die zu Lasten der eigenen Gesundheit geht.

Nachtrag:

Man mag es kaum sagen, aber die Dramatik der Situation wird im Moment an einigen Gymnasien noch dadurch „abgemildert“, dass sie nach den Bedarfsberechnungen der BBS „überversorgt“ sind.

Die im Jahre 2004 für aufwachsende Bedarfe bis 2008 kassierten Stellen sind zum Teil noch an den Schulen und führen dort aus der Sicht der BBS zu einer „Überversorgung“. Mit dem nächsten Schuljahr wird diese wegen der aufwachsenden Bedarfe erheblich schrumpfen, ohne dass es aus der Sicht der BBS zu einer Kürzung kommt ...!

Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

- **Langfristig** ist die **Rücknahme des AZM und der Basisfrequenzerhöhung** zu fordern,
- **kurzfristig** ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Abwehr weiterer Arbeitsverdichtung

Die Zahlen machen deutlich, wie die Aussage eines Vertreters von VW im Rahmen der Hearings der Arbeitszeitkommission umgesetzt wurde. Er meinte sinngemäß, wenn eine lineare Arbeitszeiterhöhung für alle nicht mehr durchsetzbar sei oder sinnvoll erscheine, dann greife man in der Industrie auf differenzierte Arbeitszeitbewertung zurück.

Diesen Rat haben der Senat und die BBS sich zu Herzen genommen und die Faktorisierung der Fächer im Rahmen des AZM eingeführt.

Im ersten Jahr differenzierte man in den Schulen nach

- Fächern und
- Schulstufen.

Mit dem **Schreiben vom 24.6.04** hat der stellvertretende Leiter des Amtes für Bildung, Rosenboom, „die Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Schule in der Anwendung des Modells zur Lehrerarbeitszeit erweitert.“

Rosenboom gab als weitere Arbeitsverdichtungsmöglichkeit die

- **Faktorisierung nach Schüler-Zahlen pro Klasse bzw. Kurs**

frei. So konnte die Arbeit noch mehr verdichtet und die einzelne Lehrerin und der einzelne Lehrer zu noch mehr Unterricht herangezogen werden.

Aufgrund der Erhöhung der Basisfrequenzen wurde diese Möglichkeit - besonders im gymnasialen Bereich - ergriffen, um vor allem in kleineren Einheiten ein Grundangebot der Wahlkurse in Mittel- und Oberstufe aufrechterhalten zu können.

Für den Fall, dass wir dauerhaft unter den Bedingungen des von uns abgelehnten Arbeitszeitmodells arbeiten müssen, halten wir fest:

- **Die Erfahrungen der ersten beiden Jahre haben gezeigt, dass die Faktoren aller Fächer und Stufen zu niedrig sind, um die Arbeit wirklich gut (PISA-gerecht) zu machen!**
- **Wir fordern eine grundlegende Revision und Erhöhung der Faktoren!**
- **Wir lehnen jede Verringerung der Faktoren nach unten hin ab!**
- **Werden die erhöhten (!) Basisfrequenzen nach oben hin überschritten, muss dies in einer Erhöhung der Faktoren berücksichtigt werden.**
- **Wenn Kurse oder Wahlpflichtangebote nicht aufrechterhalten werden können, liegt das an der verfehlten Bildungspolitik des Senates und der BBS und wird dadurch offenbar. Dieser Missstand kann nicht durch Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung kompensiert werden.**

2. Deckelung der Unterrichtsverpflichtung

Kolleginnen und Kollegen mit niedrig faktorisierten Fächern haben eine viel zu hohe Unterrichtsverpflichtung, diese geht einher mit einer großen Zahl an Lerngruppen, denn es gibt eine deutliche Korrelation zwischen niedrigem Fachfaktor und niedriger Unterrichtsstundenzahl pro Klasse. Dies führt zu Schülerzahlen pro Lehrer, bei denen eine individuelle pädagogische Betreuung nicht mehr möglich ist.

Deswegen brauchen wir eine verbindliche Höchstgrenze der Unterrichtsverpflichtung orientiert an der alten Unterrichtsverpflichtung am Gymnasium von 24 U-Stunden!

3. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung

Die wertvollste Ressource, die wir haben, ist unsere Gesundheit. Mit wertvollen Ressourcen, das wissen wir alle, sollten wir pfleglich umgehen.

Es ist Aufgabe des Arbeitgebers, dafür zu sorgen, dass seine Beschäftigten nicht am – oder sogar durch den – Arbeitsplatz krank werden.

Die zunehmende Zahl der Erkrankungen darf nicht ohne Reaktion der BBS bleiben.

Im Moment beschränkt sich die Reaktion vorwiegend

- in der Erhöhung der Vertretungsverpflichtung der Kolleginnen und Kollegen (s.o.) und
- in einer Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen sich langfristiger arbeitsunfähig schreiben zu lassen, um dann mit Lehraufträgen den Unterrichtsausfall zu kompensieren.

Im Blick der Schulmanager ist nur der drohende Unterrichtsausfall.

Es wird nicht gefragt, wie können die Arbeitsbedingungen gesundheitsförderlich verbessert werden, damit der Krankenausfall gar nicht erst entsteht.

Projekte wie PROGESS haben nur Feigenblatt-Charakter, da sie unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität nur eine Kosmetik ermöglichen.

Die Kolleginnen und Kollegen brauchen eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sofort!

4. Wiedereinführung der Altersermäßigung der Altersteilzeit

Wir fordern von unserem Dienstherrn:

- die Wiedereinführung der Altersteilzeit. Sie ist zu verbinden mit einer anderen Art der Finanzierung.

Anmerkung:

Die Art der Finanzierung der Altersteilzeit in Hamburg führte nicht automatisch zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für jüngere Lehrkräfte, da angebliche Mehrkosten der Altersteilzeit über Vakanzen (Verzögerungen bei der Besetzung frei gewordener Stellen) finanziert wurden.

Nach Finanzierungsgutachten von Bildungsforschern (KLEMM) ergibt sich aber eine Einsparung durch Altersteilzeit, wenn

- jede Reduzierung infolge von Altersteilzeit durch Neueinstellungen ausgeglichen wird,
 - die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen deutlich jünger sind und sich in einer niedrigeren Dienstaltersstufe befinden,
 - die Inanspruchnahme der Altersteilzeit zu Stressabbau führt und dadurch Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen ein Jahr später erfolgen.
- die Wiedereinführung einer angemessenen Altersermäßigung.

Das führt dann zu

- zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für jüngere Lehrkräfte,
- einer Verbesserung der Altersstruktur der Lehrerkollegien,
- spürbarer Entlastung jüngerer und älterer Lehrkräfte.



GEW Fachgruppe Gymnasien

GEW-Fraktion des Personalrats Gymnasien

Landesverband Hamburg
Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg

Februar 2005